

Ostholsteiner Anzeiger

SONNABEND, 16. FEBRUAR 2019

OHA SEITE 7

Blaulicht

44-Jähriger von Auto angefahren

SIBLIN Von einem Auto angefahren und schwer verletzt wurde gestern kurz nach 10 Uhr auf der L 184 zwischen Siblin und Barghorst in Höhe des Luftrettungszentrums ein 44-jähriger Mann aus Eutin. Er war, wie die Polizei schildert, an der Fahrerseite aus einem Müllfahrzeug ausgestiegen, bevor er von dem Pkw Nissan einer 30-jährigen Frau aus Quickborn angefahren wurde. Der Eutiner wurde mit dem Rettungshubschrauber „Christoph 12“ in ein Krankenhaus geflogen, die Fahrerin vorsorglich mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht. Die Straße war rund eineinhalb Stunden gesperrt. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft Lübeck wurde ein Sachverständiger angefordert. *kf*

Rückblick

Vor 25 Jahren

Das Duale System Deutschland (DSD) sieht der Klage, die der Zweckverband Ostholstein (ZVO) zur Eintreibung der Außenstände erhoben hat, gelassen entgegen. „Es wird häufig einfach viel Wind gemacht“, beurteilte die DSD-Pressesprecherin den Zwist um Geld mit dem ostholsteinischen Vertragspartner. Die Höhe der Zahlungen, die der ZVO fordert, beläuft sich nach Aussage von DSD auf 2,6 Millionen Mark – obwohl der ZVO inzwischen von annähernd zehn Millionen Mark spricht, mit denen der „Grüne Punkt“ bei ihm in der Kreide steht.

OHA, 16. Februar 1994

Die Stadt Eutin ist dem Ziel einer ausreichenden Versorgung mit Kindergartenplätzen nahe, aber auch die Gemeinden Malente und Bosau arbeiten an einer angestrebten Versorgung für 90 Prozent der Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Diese Feststellung fiel in einer Regionalkonferenz im Kreishaus, zu dem das Kreisjugendamt Vertreter von Kindertagesstätten aus den drei genannten Kommunen geladen hatte.

OHA, 16. Februar 1994

Berlin bereit zu Zugeständnissen

Besondere Betroffenheit der Region Ostholstein beim Ausbau der Bahntrasse anerkannt / Delegation überbrachte Forderungskatalog

Von Achim Krauskopf

BERLIN/EUTIN Eine monatelange Arbeit hat diese Woche in Berlin eine wichtige Stufe erreicht: Forderungen, die in der Region Ostholstein nach übergesetzlichen Lärmschutzmaßnahmen bei der Hinterlandanbindung der Fester Fehmarnbelt-Querung (FFBQ) erhoben werden, wurden als Katalog mit der Bundespolitik in Berlin erörtert. Das erste Fazit von Thomas Keller, Ratekauer Bürgermeister, Vorsitzender des Gemeindetages Ostholstein und Sprecher des Projektbeirates: „Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass Staatssekretär Enak Ferlemann die besondere Betroffenheit der Region anerkennt.“ Das bedeutet, dass Berlin Lärmschutzmaßnahmen bezahlen könnte, die über das gesetzlich geforderte Maß hinaus gehen.

Eine Delegation des Projektbeirates, der das Forderungspapier erarbeitet hat, besprach in Berlin das weitere Vorgehen mit der Bundespolitik. Landrat Reinhard Sager (CDU) hatte zuletzt im Dialogforum erklärt: „Jetzt beginnt die echte Arbeit, jetzt muss die Bundespolitik von unseren Forderungen überzeugt werden.“

Gesprochen wurde mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Bettina Hagedorn (SPD), und auf Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens (CDU) mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums, Enak Ferlemann (CDU). Außerdem traf die ostholsteinische Delegation in der schleswig-holsteinischen Landesver-



Die besondere Betroffenheit Ostholsteins hat Staatssekretär Enak Ferlemann (von links) zur Freude von Ingo Gädechens und Thomas Keller anerkannt, damit könnte Berlin bereit sein, kommunale Lärmschutzforderungen zu erfüllen. FOTO: PETER MANTIK

tretung auf deren Leiter, Staatssekretär Ingbert Liebing (CDU), und schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete.

Neben der Anerkennung einer besonderen Betroffenheit der Menschen in Ostholstein durch Staatssekretär Enak Ferlemann sei auch deutlich geworden, dass wo-

„Es ist für die Abgeordneten in jedem Fall eine gute Entscheidungsgrundlage.“

Landrat Reinhard Sager zum Forderungskatalog

möglich noch vor den Osterferien eine Unterlage vom Verkehrsministerium für die parlamentarische Befassung erarbeitet werde, sagte Keller. Christoph Jessen, der Sprecher des Dialogforums Fehmarnbeltquerung, ergänzte: „Wir sollten für den Forderungskatalog keine überhasteten Kompromisse eingehen, aber angesichts der sich schwieriger gestaltenden Haushaltslage sollten

wir nicht zu lange warten.“

Ingo Gädechens (CDU) nannte die Übergabe des Forderungskatalogs einen wichtigen Schritt für die betroffenen Kommunen. Aber: „Jetzt gilt es, harte Überzeugungsarbeit zu leisten, damit ein optimaler Schutz der Bürgerinnen und Bürger an der Bahntrasse gewährleistet werden kann. Dabei ist hervorzuheben, dass der gesetzliche Lärmschutz sowieso gewährleistet werden muss. Nun geht es darum, über dieses Maß hinaus einen noch größeren Schutz zu finanzieren, um das Optimum für Ostholsteins Kommunen heraus zu holen.“

Tatsächlich komme es darauf an, möglichst viele Abgeordnete im Vorfeld der angestrebten parlamentarischen Erörterung des Themas zu erreichen, ergänzte Keller. Denn die Entscheidung darüber, welche Schutzmaßnahmen mit Bundesmitteln bezahlt würden, falle im Bundestag. „Der Tag in Berlin war ein erster Schritt in die richtige Richtung.“

Keller betonte in Berlin immer wieder, dass der Forderungskatalog im Dialog mit den verschiedenen Interessengruppen vor Ort erarbeitet worden sei. „Wir haben uns das nicht leicht gemacht, da steckt jahrelange Arbeit und das Know-how der Betroffenen drin.“ Hinter den Forderungen stünden wichtige und notwendige Maßnahmen zum Schutz der Menschen und der Umwelt in Ostholstein. „Wir setzen

HINTERGRUND Paket geschnürt

Ein Bundestagsbeschluss vom 29. Januar 2016 ermöglicht an Bahnstrecken in Fällen besonderer Betroffenheit Schutzmaßnahmen, die über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus gehen. Dabei können im Dialog vor Ort erarbeitete Vorschläge berücksichtigt werden. Dazu hat das Dialogforum Fehmarnbeltquerung ein gemeinsames Akzeptanzpaket mit Forderungen der Region Ostholstein-Lübeck erarbeitet. Das Paket steht kurz vor dem Abschluss, es fehlen nur noch drei Gemeinden. *kf*

darauf, dass der Bundestag die erforderlichen Finanzmittel zur Umsetzung dieser Maßnahmen angesichts der Dimension des Projektes zur Verfügung stellt.“

Auch Christoph Jessen nannte es entscheidend, alle Fraktionen zu überzeugen, „dass wir seriöse Vorschläge erarbeitet haben“. Und Reinhard Sager ermutigte die betroffenen Gemeinden, über die noch offenen Punkte Einigkeit zu erzielen. Er freute sich, dass dieses Forderungspapier nach intensiver und engagierter Diskussion erarbeitet worden sei. „Es ist für die Abgeordneten in jedem Fall eine gute Entscheidungsgrundlage.“ Dies hätten die Gespräche in Berlin gezeigt.

Bernd Homfeldt, der Projektleiter der Bahn für die Hinterlandanbindung, stellte fest: „Wir haben sehr konstruktive Gespräche mit der Region geführt und viele Akzeptanzlösungen gefunden.“ Diese Art der kommunalen Einbindung sei einmalig, zumal das Land an diesen Gesprächen mitgewirkt habe.

Eutin stimmt Radweg von Sielbeck nach Nüchel zu

MALENTE/EUTIN Ein seit Jahrzehnten angestrebter Radweg von Kirchnüchel über Nüchel nach Sielbeck ist in dieser Woche offenbar ein Stück voran gekommen, obwohl zwischenzeitlich mehrfach ein Scheitern drohte. Zuletzt war es der Eutiner Bauausschuss: Der führte Mittwoch über eine Beteiligung der Stadt Eutin an dem Radweg eine Diskussion, die nicht nur den Nücheler Henning Sütel eine Ablehnung befürchten ließ: Er könne die Verärgerung im Bauausschuss wegen unzureichender Informationen verste-

hen, sagte Sütel, appellierte aber an die Stadtvertreter, den Radweg nicht in letzter Minute noch scheitern zu lassen.

Tatsächlich wurde eine finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Radweg, immerhin rund 180000 Euro, mit zehn Stimmen befürwortet. Die fünf Vertreter der CDU stimmten dagegen.

Die Zustimmung der drei FWE-Vertreter geschah überraschend. Zuvor hatten Heinz Lange und Malte Tech ausgeführt, dass dieser Radweg an einer Landesstraße liege und deshalb vom Land

gebaut werden müsste, nicht aber von Malente und Eutin.

Der Eutiner Beteiligung zum Trotz: Eine optimale Lösung sieht anders aus. Denn der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) in Lübeck hatte die Pläne für den Radweg durchkreuzt. „Der LBV will den Radwegausbau in Sielbeck nicht“, sagte Malentes kommissarischer Bauamtsleiter Fred Knaack ebenfalls am Mittwoch im Malenter Planungsausschuss. Hintergrund der Ablehnung könnte die im vergangenen Jahr erfolgte Er-

neuerung der Straßendecke der L163 sein. Für die geplante Verbreiterung des Radwegs hätte die Straße erneut angefasst werden müssen.

Der linksseitige Weg in Sielbeck und Sielbecker Moor wird damit nicht wie ursprünglich geplant ausgebaut werden können. Ein damit erzwungener Wechsel der Straßenseite für die Radfahrer kritisierte der Sielbecker Dorfvorsteher Martin Syring im Eutiner Bauausschuss massiv.

Das Projekt sei dadurch aber nicht gefährdet, versi-

cherte Knaack im Malenter Ausschuss. Das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) habe erklärt, dass damit die Förderfähigkeit des Projekts erhalten bleibe.

Derzeit arbeite das Bauamt an mehreren Fronten, um den Antrag bis April auf den geforderten Stand zu bringen. Parallel zur Anpassung der Radwegplanung für den Sielbecker Abschnitt laufe auch die notwendige Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und die Wasserbehörde des Kreises Ostholstein. *bsh*